

W. John Green

## Kolumbianische Volksbewegungen und Massenmobilisierungen<sup>1</sup>

Seit Ende des 18. Jahrhunderts war die Mobilisierung und die basisdemokratische Partizipation der Bevölkerung fester Bestandteil des politischen Lebens Kolumbiens. Gleichzeitig ist Kolumbien jedoch als ein von einer Elite beherrschter Staat bekannt. Wie diese gegensätzlichen Bilder vereint werden können, die ja beide in gewisser Weise selbst Ende der neunziger Jahre noch zutreffen, ist das zentrale Thema dieses Aufsatzes.

Das vielleicht bekannteste Element der Entwicklungsgeschichte Kolumbiens stellt die konstante Hegemonie der Liberalen und der Konservativen Partei dar, die beide von der Elite dominiert werden. Innerhalb der wirtschaftlichen und politischen Oligarchie herrscht seit langer Zeit Konsens über eine beschränkte repräsentative Demokratie und einen gewissen Grad sozialer Mobilität. Dem gängigen Urteil vieler Kolumbien-Forscher zufolge war die politische Infragestellung der oligarchischen Demokratie Kolumbiens durch das Volk jedoch unerheblich. Die Kommunistische Partei war und ist eine Randbewegung, und im ländlichen Raum überwiegt seit jeher Minifundienbesitz (wodurch vermutlich die Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung in Grenzen gehalten wird). Vor 1950 war Kolumbien verhältnismäßig wenig urbanisiert, und die Immigration aus Europa war bedeutungslos (vgl. Abel / Palacios 1991: 592).

Das Paradoxon der politischen und sozialen Entwicklung Kolumbiens besteht trotzdem weiter: Die gesellschaftliche und politische Mobilisierung im Kolumbien des 20. Jahrhunderts stand bisher zweifellos im Schatten des Zweiparteiensystems, die Herrschaft der Liberalen und der Konservativen Partei war aber nie absolut. Es gab viele folgenschwere Episoden der Mobilisierung der Bevölkerung und Brüche in der schwierigen Hegemonie der Elite. Darüber hinaus entwickelte sich die kolumbianische Massenpolitik aus der Tradition der politischen Mobilisierung des Volkes, wobei sie zwischen politischer Massenaktion und bewaffnetem Kampf hin und her schwankte. Die unteren Bevölkerungsschichten holten zwar nicht zu einem verein-

---

<sup>1</sup> Der Autor dankt Mauricio Archila Neira, der ihn freundlicherweise die Transkripte seiner umfassenden Interviewsammlung lesen ließ. Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Heidemarie Markhardt vorgenommen.

zelten großen Schlag gegen den Status quo aus, der Staat blieb aber bis zum heutigen Tage relativ schwach und leidet weiterhin unter dem Problem seiner Rechtmäßigkeit. Die Macht der Oligarchie wurde konstant hinterfragt, denn das Volk stellte unerbittlich seine Neigung zur kollektiven Aktion unter Beweis.

Schließlich zeichnen sich die Basisbewegungen und sozialen Kämpfe in Kolumbien durch eine bemerkenswerte Kontinuität aus. Die Mobilisierung und der Widerstand des Volkes kamen in den letzten beiden Jahrhunderten der kolumbianischen Geschichte auf unterschiedliche, aber doch kohärente Weise zum Ausdruck. Auch der Verlauf des 20. Jahrhunderts ist in diesem Kontext zu sehen. Man kann den Faden beim Aufstand der *comuneros* 1781 und den Unabhängigkeitskriegen aufnehmen und ihn zu den Bürgerkriegen des 19. Jahrhunderts weiterverfolgen, welche die zeitgenössische kolumbianische Tradition des bewaffneten Widerstands begründeten. Er zieht sich weiter durch die radikalen Arbeiterbewegungen und politischen Bewegungen der ersten dreißig Jahre des 20. Jahrhunderts, die politische Mobilisierung der miteinander verbundenen sozialistischen und liberalen Linken in den dreißiger und vierziger Jahren sowie die Zusammenstöße im Zusammenhang mit der sogenannten *Violencia* zwischen 1946 und 1965. Letztendlich tritt die Aufstandstradition auch in den linksgerichteten Guerillabewegungen, den Arbeits- und Landkämpfen der späten sechziger bis neunziger Jahre zutage. All diesen Strömungen der Mobilisierung der Bevölkerung ist das gemein, was in Kolumbien als «populär-liberale» oder «linksliberale» Tradition bekannt ist.

## 1 Die Tradition der Mobilisierung der Bevölkerung

Bestimmte Charakteristika des kolumbianischen Erbes der Mobilisierung des Volkes existierten nachweislich bereits in der späten Kolonialepoche und dem neunzehnten Jahrhundert. Die Rebellion der *comuneros*, die Unabhängigkeitskriege sowie die Bürgerkriege nach 1830 — sie alle bezeugen den Umfang und die weite Verbreitung einer sich periodisch manifestierenden basisdemokratischen Bewegung.<sup>2</sup>

Der Aufstand der *comuneros* im Jahre 1781 in Neugranada war eine der wichtigsten Rebellionen im kolonialen Lateinamerika. Die Rebellion begann als Protest gegen Steuererhöhungen auf Tabak und Alkohol, welche die Spanische Krone zur Finanzierung ihres Imperiums verordnet hatte. Die Historiker stimmen darin überein, daß von Anfang an die untersten Bevölkerungsschichten der Kolonie — *indios*,

<sup>2</sup> Allgemein zu diesem Zeitabschnitt siehe Bushnell (1993); Bushnell / Macaulay (<sup>2</sup>1994); Aguilera Peña / Vega Cantor (1991); Leddy Phelan (1978); Bergquist (1986a).

*mestizos* und *criollos* mit geringen finanziellen Mitteln — die treibende Kraft der Bewegung waren (Bushnell 1993: 28). Die höheren Schichten hatten für die Steuererhöhungen ebenso wenig Verständnis wie das gemeine Volk, sie schlossen sich der Bewegung aber nur widerwillig an, und dies nur, um sie anzuführen. Der Aufstand ging von der Region Socorro aus, fand einige tausend Anhänger und gipfelte im Marsch nach Bogotá mit dem traditionellen Schlachtruf: «Lang lebe der König und Tod der schlechten Regierung.» Unter dem Druck der Belagerung gab die Regierung in der Hauptstadt des Vizekönigtums den meisten Forderungen der *comuneros* nach.

Die Beteiligung des Volkes war zwar auch in den Unabhängigkeitskriegen zwischen 1810 und 1821 gegeben; der Prozentsatz der Bevölkerung, der an den Kämpfen teilnahm, war jedoch niemals sehr groß. Der bewaffnete Kampf um Unabhängigkeit in Neugranada war im Hinblick auf die Anzahl der Opfer und das zerstörte Eigentum weniger erbittert als in Venezuela und viel weniger kostspielig als in Mexiko, wobei ein großer Teil der Bevölkerung jede direkte Teilnahme vermied. Es besteht kaum ein Zweifel, daß in einigen Regionen die Mobilisierung des Volkes wichtige soziale Folgen hatte. In den nördlichen Regionen des Landes und dem Valle de Cauca, wo die Sklavenhaltung vorherrschte, erlangten zum Beispiel die afrikanischen Sklaven ihre Freiheit durch den Militärdienst, oder sie ergriffen die Gelegenheit zur Flucht.<sup>3</sup> Aber selbst wenn die Partizipation des Volkes nie das gleiche Ausmaß wie in anderen Teilen Lateinamerikas erreichte, ermöglichten diese Kriege Formen der Mobilisierung, die das gesamte 19. Jahrhundert überdauern sollten.

Wie andere lateinamerikanische Länder Anfang des 19. Jahrhunderts wurde auch Kolumbien von den Kämpfen der Liberalen und Konservativen Partei erschüttert. Kolumbien unterscheidet sich jedoch darin, daß es seit Erlangen der Unabhängigkeit mit unerbittlicher Beständigkeit von Bürgerkriegen heimgesucht wurde, die sich über das restliche Jahrhundert erstreckten: 1830; 1839-1841; 1851; 1854; 1859-1862; 1876-1877; 1884-1885; 1899-1902.<sup>4</sup> Robert Dix bezeichnet die Gruppen, welche diese Kriege führten, als «prä-politisch», da die ideologischen Unterschiede zwischen ihnen vermutlich unbedeutend waren. Ihre Interaktion verkörperte «little more than a contest of 'ins' versus 'outs'», die um die Kontrolle über den Staatsschatz kämpften (Dix 1967: 231). Keine der beiden Parteien stellte Prinzipien unter Beweis, vielmehr

<sup>3</sup> Infolge ideologischer Strömungen im liberalen Gedankengut, die die Sklaverei ablehnten, ist es wenig verwunderlich, daß diese vorwiegend afrokolumbianischen Gebiete später Hochburgen der Links-liberalen wurden.

<sup>4</sup> Tirado Mejia (1976: 13).

scharten sie Anhänger aus allen Regionen und Gesellschaftsschichten um sich.<sup>5</sup> Trotz ihrer jeweils strikten Zugehörigkeit zur Liberalen oder Konservativen Partei bildete die kolumbianische Elite im Laufe der Geschichte eine fest zusammenhaltende Gruppe, wenn es um die Abwehr der Bedrohung von unten ging.

Es stellt sich die schwierige Frage, weshalb Menschen, die zweifellos den niedrigeren sozio-ökonomischen Schichten angehörten, sich den von ihren Herrschern angeführten Kämpfen anschlossen. Oft wird dahingehend argumentiert, daß die persönliche Identifizierung mit dem liberalen oder konservativen Banner die Unterschichten von den sich entwickelnden sozialistischen Organisationen wegführte, die ihre Interessen verrieten. Die Zugehörigkeit des Volkes zu den Traditionsparteien habe es verhindert, daß die Unterdrückten der Gesellschaft ihre kollektiven und wechselseitigen Interessen erkannten und in der Folge die entsprechenden politischen Maßnahmen ergriffen.<sup>6</sup> Klar scheint, daß, sobald die Elite einer bestimmten Gegend als liberal oder konservativ bestätigt worden war, die allgemeine Isolation, in der die von ihnen kontrollierten Gemeinschaften lebten, bei den niedrigeren Volksschichten den Eindruck hervorrief, daß sehr wohl große Unterschiede bestünden. Diese Erfahrung wurde durch häufige Bürgerkriege in Kolumbien verstärkt. Im Laufe der Jahre verpflichteten sich diese isolierten Gemeinschaften dem einen oder anderen politischen Lager. Einer der dauerhaftesten Bestandteile des politischen Systems in Kolumbien, der auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, besteht somit in den «ererbten Feindseligkeiten», die anscheinend irrationale Bindung der niedrigeren Volksschichten Kolumbiens an eine der beiden Traditionsparteien verursachen.<sup>7</sup>

Diese Kriege wurden zwar als von der Elite dominierte Kämpfe um die Kontrolle des Staatsapparates dargestellt, sie demonstrierten aber auch eine starke autonome Beteiligung der Bevölkerung. Eine solche Mobilisierung bedrohte manchmal die Stellung der Elite und war Ausdruck der populären liberalen Tradition. 1854 erhob sich die Armee garnison in Bogotá, um gegen die Militärreform zu protestieren. Ihr schlossen sich die Handwerker Bogotás an, die unter der Politik des freien Handels

<sup>5</sup> Bei der kolumbianischen Linken herrscht die einhellige Meinung vor, daß es mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede zwischen den beiden Parteien gab. Um ein berühmtes Beispiel zu nennen: Gabriel García Márquez beschreibt die beiden Parteien am Beginn der politischen Karriere des Hauptmanns Aureliano Buendía so, daß das Fehlen von Unterschieden, die über die religiöse Frage hinausgehen, deutlich wird (García Márquez 1985: 148).

<sup>6</sup> Orlando Fals Borda gibt ein hervorragendes Beispiel. Er vertritt die Meinung, daß das Zweiparteiensystem Kolumbiens, das aus «Organisationen ohne Überzeugungen» bestehe, welche die Masse der Kolumbianer als «Kanonenfutter» mißbrauchten, seit der Konsolidierung des Landes 1840 «fast ohne Änderung» fortbestehe. Das arbeitende Volk habe daher nicht erfahren, was eine «wirkliche Demokratie» sei (Fals Borda 1979: 73B-74B).

<sup>7</sup> Robert Dix schreibt diese Worte Miguel Antonio Caro zu (Dix 1967: 211).

der liberalen Regierung litten. Die Situation bedrohte eindeutig die Führungsrolle der höheren, sowohl liberalen als auch konservativen Schichten. Die Elite begrub schnell ihre Meinungsverschiedenheiten und mobilisierte ihre Anhänger zur Bildung einer Armee, die zu guter Letzt die Rebellion niederschlug.

Dies war nur die erste von zahlreichen parteiübergreifenden Allianzen der Elite. Ein ähnlicher Fall ergab sich im «Krieg der tausend Tage», dem letzten, blutigsten und einschneidendsten Bürgerkrieg dieser Zeit. Nach der Schlacht von Palonegro im Mai 1900, die einen hohen Blutzoll forderte, wurde die Armee der Liberalen stark geschwächt. Genau zu diesem Zeitpunkt ging die liberale Führung zu einer Guerilla-Taktik über, die den Krieg um zweieinhalb Jahre verlängern sollte. Die Offiziere der Guerilla-Banden hatten im wesentlichen einen ähnlichen gesellschaftlichen Rang wie die Männer, die sie befehligten. In dieser langen und blutigen Phase des Kriegs, der den Antagonismus zwischen Liberalen und Konservativen auf dem Land verstärkte, wurden die Guerilla-Führer in zunehmendem Maße von den nationalen liberalen Politikern entfremdet und militant. Diese Art der Kriegführung wurde schließlich von den Führern beider Parteien als Bedrohung der Macht der Oberschicht betrachtet und trug so zum Friedensschluß bei. Auf ideologischer Ebene begann sich eine deutliche Kluft zwischen den liberalen Führern in Bogotá und dem linken Flügel der Partei aufzutun.

Obwohl für die Gemäßigten in beiden Parteien die Gegensätze weiterhin fühlbar waren, verhinderten sie — wie bereits 1854 — die Entwicklung einer Situation, die ihre Klasseninteressen gefährdete. Dieses Muster der Elite-Hegemonie und der wiederkehrenden Mobilisierung der Bevölkerung sollte im gesamten 20. Jahrhundert klar erkennbar sein.

## **2 Mobilisierung der Bevölkerung im Zeitalter des Kaffees und der Prosperität (1902-1930)**

Die Jahre zwischen 1902 und 1930 waren die politisch stabilsten und friedlichsten, welche die Kolumbianer seit der Zeit der Rebellion der *comuneros* erlebt hatten. In der Elite waren sowohl die Liberalen als auch Konservativen nicht so sehr an den großen trennenden Problemkreisen des vorigen Jahrhunderts interessiert (oder am Kampf um die Macht im Staat), vielmehr wollten sie vom Boom auf dem Kaffeesektor und Kolumbiens verspäteter Präsenz auf dem Weltmarkt profitieren. Wegen der Erlöse aus dem Export von Kaffee, Bananen und Erdöl sowie dem Kapitalzustrom aufgrund der Entschädigungszahlungen der Vereinigten Staaten für die Abtrennung Panamas wurde dieser Zeitraum nach dem Ersten Weltkrieg auch scherzhaft «Tanz der Millionen» genannt. In den ersten dreißig Jahren des 20.

Jahrhunderts war in Kolumbien eine ungebrochene Kontinuität in bezug auf das vorhergehende Jahrhundert und seine Tradition der Volksmobilisierung festzustellen. Die liberalen Partisanen, die am Ende des «Krieges der tausend Tage» aufgelöst wurden, ertrugen die sogenannte «konservative Hegemonie» — wie der Zeitabschnitt von 1885-1930 bezeichnet wird — nicht still. Das Volk — Arbeiter, Handwerker, Landarbeiter und Minifundienbesitzer und sogar Teile der Mittelschicht — begann nun, die Liberale Partei als ihre Partei, ja sogar als die «Partei der Arbeiter» zu betrachten. Die Führung der Liberalen Partei jener Jahre machte auch einen vorsichtigen und zögernden Vorstoß in Richtung einer mehr vom Volk getragenen politischen Basis. Obwohl die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts allgemein als ruhige Periode gelten, sind für sie Arbeiterunruhen, Streiks, Landbesetzungen, Ansätze zu bewaffneten Aufständen der Sozialisten und Linksliberalen ebenso charakteristisch.

Mit Hilfe der im «Krieg der tausend Tage» gewonnenen Erfahrungen bedienten sich die Handwerker und Arbeiter traditioneller Mobilisierungstechniken, wie die Gründung von Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe, Begräbnisinstituten und Sparkassen. Darüber hinaus organisierten sie sich auch politisch. Zuerst schufen sie 1904 die kurzlebige Gewerkschaft von Gewerbetreibenden und Arbeitern, die sie 1910 neu gründeten. Diese Gruppe trat in Wettstreit mit einer anderen Organisation, der Arbeitergewerkschaft von Kolumbien. Mitglieder dieser Gruppen gründeten schließlich 1919 die Sozialistische Partei. Diese im Entstehen begriffene Arbeiterpartei verschwor sich zwischen 1919 und 1924 mit und gegen Splittergruppen der Liberalen Partei, im allgemeinen unterschied sie sich jedoch nie wesentlich von der liberalen Linken — weder in Doktrin noch Anhängerschaft. Nach Jahren der Frustration und infolge von gewalttätigen Zwischenspielen bei den Wahlen des Jahres 1925 gründeten Teile der liberalen Linken und der Sozialisten im Jahre 1926 den *Partido Socialista Revolucionaria* (PSR) (siehe Long 1995).

Obwohl der PSR nie an Wahlen teilnahm, gibt es zahlreiche Beweise dafür, daß er von einer breiten Masse unterstützt wurde. Er war unter Bauern, Angestellten bei Schifffahrtsgesellschaften und Bananenarbeitern aktiv, fand aber auch unter den Handwerkern eine große Anhängerschaft. Nachdem die konservative Regierung mit Repressionen auf den Streik der Erdölarbeiter und der in der Schifffahrt Beschäftigten von 1927 reagiert hatte, wollten viele Mitglieder des PSR mit liberalen Hintergrund, daß die Partei der älteren Tradition des bewaffneten Widerstands folgte, und begannen, einen Aufstand zu planen, der mit einer Arbeitseinstellung zusammenfiel. Diese Aktion und die wachsende Militanz der Linksliberalen und Sozialisten entwickelte sich parallel zu ständig zunehmenden Konflikten um Grundbesitz zwischen Pächtern und Großgrundbesitzern sowie zwischen *colonos* (Bauern, die Land für den Kaffeeanbau erschlossen und nutzbar gemacht hatten) und anderen, die

Rechtsansprüche geltend machten. Vor diesem Hintergrund kam es Ende 1928 im Verwaltungsbezirk Magdalena zum berüchtigten Streik der Arbeiter der *United Fruit Company* und dessen Folgeereignissen. Als sich einige Tausend Bananenarbeiter am Bahnhof von Ciénaga in Erwartung von Nachrichten über die Streikverhandlungen versammelten, eröffneten Regierungstruppen, die einen Angriff auf Santa Marta vermuteten, in den frühen Morgenstunden des 6. Dezember das Feuer und töteten hunderte Arbeiter und deren Familienangehörige.<sup>8</sup> Das «Bananenmassaker» entmutigte jene Teile des PSR nicht, die einen bewaffneten Aufstand planten, wenngleich ihre Operation weitgehend vereitelt wurde, als man ihr Waffenlager Anfang 1929 entdeckte und viele Anführer verhaftete. Aber ausgerechnet, als der PSR zerfiel, eroberte die Liberale Partei (mit massiver Unterstützung der sozialistischen Basis) das kolumbianische Präsidentenamt bei den Wahlen des Jahres 1930 von der zerstrittenen Konservativen Partei zurück.

Bei den Volksbewegungen jener Jahre ist zu betonen, daß sich das Volk endgültig ohne den Segen oder Schutz der Elite zu mobilisieren begonnen hatte. Es blickte auch auf die Kämpfe des letzten Jahrhunderts zurück, die einer demokratischen Vision der Gesellschaft zur Geburt verholfen hatten, die im Laufe der Zeit volksnähere Züge annehmen und sogar von Klassenbewußtsein geprägt werden sollte. Die radikalen Liberalen leiteten ihre Herkunft vom liberalen General und Politiker Rafael Uribe Uribe ab, dessen Schriften einen Katalysator für den Wandel des Liberalismus des 19. Jahrhunderts zum Linksliberalismus des frühen 20. Jahrhunderts darstellten. Die «Ideale Uribes», wie die ideologischen Grundlagen des Liberalismus oft genannt wurden, erwiesen sich als vieldeutiges Erbe, bildeten aber eine Basis für kritischere Perspektiven.<sup>9</sup> Die Quintessenz des ungebrochenen Ruhms Uribe Uribes bei den

<sup>8</sup> Die Schätzungen über die Anzahl der ermordeten Streikenden weichen noch immer beträchtlich voneinander ab, von 80 bis 100 bei Sharpless (1978: 48), 57 bis 1500 bei Castrillón (1979: 94) bis zu 2 000 in White (1978: 100). Obwohl Gabriel García Márquez mit *Cien años de soledad* und Álvaro Cepeda Samudio mit *La casa grande* den Streik in der Literatur verewigten, weist Brungardt (1989: 63) darauf hin, daß die Historiker die Tiefe des Einflusses des niedergeschlagenen Streiks auf die Kolumbianer noch ergründen müssen.

<sup>9</sup> Die Reformdoktrinen der dreißiger Jahre, so behaupteten Liberale in Cartagena 1935, leiteten sich von den Ideen Uribe Uribes und General Benjamín Herreras ab, ein weiterer liberaler Held des letzten Krieges und 1922 Präsidentschaftskandidat der Liberalen (N. N.: «La reforma liberal», in: *El debate* (Cartagena), 13. Dezember 1935, S. 3). Bald darauf sandte eine Gruppe von Liberalen in Toro ein Unterstützungsmanifest an Präsident Alfonso López Pumarejo (1934-1938), in dem sie seine Anstrengungen, Kolumbien zu einem wirklich demokratischen Staat zu machen, mit Garantien für all seine Staatsbürger unterstützten. Sie waren bereit, für die soziale, politische und wirtschaftliche «Seele» des Staates zu kämpfen, wie dies ihre verdienten Anführer Benjamin Herrera und Rafael Uribe Uribe getan hatten (Brief von 200 Liberalen an Präsident Alfonso López Pumarejo, Toro, März 1936; Archiv der kolumbianischen Präsidentschaft, Band 4, 1936).

kolumbianischen Linksliberalen kam in einer weithin gefeierten Aussage zum Ausdruck. Kurz vor der Jahrhundertwende argumentierte er: «Wenn der Liberalismus als politische Partei präsent zu bleiben hofft, muß er an der Quelle des Sozialismus trinken.»<sup>10</sup> Viele prominente Linksliberale bezogen sich wiederholt auf diese Aussage.<sup>11</sup> Diese Äußerung begründete das zweifache Erbe Uribe Urbes, da die persönliche Vorstellung von Sozialismus des historischen *caudillo* sich ziemlich von jener unterschied, die ihm von seinen späteren Bewunderern zugeschrieben wurde. Trotzdem vereinnahmten ihn die liberalen Linken als ersten «liberalen Verfechter des Sozialismus». Uribe Uribe glaubte an etwas, was als präventiver Sozialismus bezeichnet werden kann: «Sozialismus von der Spitze bis zur Basis, verwirklicht vom Staat».<sup>12</sup> Uribe Uribe forderte einen «stark interventionistischen Staat», um Gerechtigkeit, Ordnung, Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten (Santa 1980: 30-31). Er vertrat die Rechte des Volkes in einem Land, wo «individualistische Ideale» bei der Elite vorherrschten (Santa 1962: 290). Damit trug er dazu bei, das Wort «Sozialismus» innerhalb des linken Flügels der Liberalen Partei zu legitimieren.

Es ist ironisch, aber nicht unwahrscheinlich, daß Uribe Uribe durch seine Forderung «Sozialismus von der Spitze» ein Symbol für die Mobilisierung des Volkes wurde, unter dessen Insignien später einige Liberale ihren Status als «sozialistische» Liberale bekräftigen würden. Uribe Uribe genoß die ungebrochene Loyalität von Teilen der kolumbianischen Linken, und seine Ideen beeinflussten nachhaltig die liberalen Sozialprogramme der dreißiger Jahre sowie die linksliberale, populistische Bewegung des Jorge Eliécer Gaitán, eines linksliberalen Arbeiteranwalts und ehemaligen Kongreßabgeordneten, in den vierziger Jahren. Die kolumbianischen Linken waren mit Uribe Uribe und seinen auf sozialer Gerechtigkeit beruhenden Doktrinen wesentlich besser vertraut als mit Marx.<sup>13</sup> Die meisten Radikalen hielten

<sup>10</sup> Javier Henao Hidron (1986: 140) zitiert Uribe Uribe, der gesagt haben soll: «El liberalismo si aspira a mantener su vigencia como partido político, tiene que beber en las fuentes del socialismo,» gibt aber keine Quelle an.

<sup>11</sup> Jorge Eliécer Gaitán zitierte Uribe Uribe frei, als er erklärte, daß der Liberalismus «sozialistisch werden» müßte oder verurteilt sei, «ideologisch zu sterben» (Sharpless 1978: 66). 1935 erinnerte José Antonio Osorio Lizarazo, der später ein militanter *gaitanista* werden sollte, die Liberalen an Urbes Diktum (Osorio Lizarazo 1935: 13-14).

<sup>12</sup> «El socialismo del estado», Rede im *Teatro Municipal* von Bogotá im Oktober 1904, gefunden bei Uribe Uribe (1984: 109-136). Die Rede, der Politiker, Universitätsprofessoren, Journalisten, Diplomaten, Geschäftsleute und Handwerker beiwohnten, wird als erster reifer Ausdruck seiner Lehre betrachtet (Santa 1962: 285-286).

<sup>13</sup> Cobanella (1988: 21). Cobanella erklärt, daß Uribe zur Avantgarde der lateinamerikanischen Sozialtheoretiker zählte. Richard Sharpless argumentiert, daß, obwohl diese jungen Männer in den zwanziger Jahren vehement radikale Ideen und Anliegen verfochten, ihre langfristige Bindung an den Marxismus fragwürdig war (Sharpless 1978: 44).



daher ihre Bindungen an den kolumbianischen Liberalismus aufrecht. Die Mitgliedschaft in der Liberalen Partei schloß daher selten eine dauerhafte Sympathie für die Linke aus. Und es besteht kein Zweifel, daß sich viele Anhänger Uribe Uribes als Sozialisten betrachteten.<sup>14</sup> Uribe Uribe lebte in der Erinnerung nicht als kolumbianischer Napoleon weiter, der nach dem Krieg «verrückt» war. Er kämpfte im «Krieg der tausend Tage», wie die Liberalen später behaupten sollten, für sein Ideal (Puentes 1961: 574). Uribe Uribes Bedeutung für die späteren Liberalen kann nicht genug betont werden. Sein Ruhm überschritt — wie Eduardo Santa es formulierte — die «Grenzen von Mythos und Legende», und damit beeinflusste er die Entwicklung des kolumbianischen Liberalismus nachhaltig.<sup>15</sup>

Die Mobilisierung der Bevölkerung jener Jahre drückte sich in den Anfängen einer Arbeiterbewegung und ihrer Beziehung zur Liberalen Partei sowie der Gründung der Sozialistischen Partei — und später — der Revolutionären Sozialistischen Partei aus. Aber ungeachtet ihrer Organisationsform blickten die Kolumbianer der Arbeiterklasse und Mittelschicht mit einem vom linksliberalen Radikalismus geprägten Bewußtsein in die dreißiger Jahre. Dieser Radikalismus wurde keineswegs gemäßigter, weil er in einer Partei Gestalt angenommen hatte, die sich aus mehreren Klassen zusammensetzte und von einer einzigen Elite beherrscht wurde.

### 3 Die liberale Republik (1930-1946)

Selbst wenn es den Liberalen nicht leicht fiel, 1946 mußten sie sich ins Gedächtnis rufen, daß ihr Staat «nicht am 7. August 1930 [...] geboren wurde.» Aus ihrer Sicht schlug Kolumbien an jenem Tag den Weg in die Zukunft ein. Die «liberale Republik» nach 1930, so behaupteten sie, war solide auf der Grundlage der «Rechte der Arbeiter» gebaut worden, und tatsächlich wurde mit der Machtübernahme

---

<sup>14</sup> In seinem Interview mit Mauricio Archila (Barrancabermeja, 20. April 1985), meinte der Historiker Rafael Núñez, der sein Leben lang in Barrancabermeja wohnte, daß in den zwanziger Jahren in den Köpfen vieler Leute eine «Verwirrung» zwischen «Sozialismus» und kolumbianischem Liberalismus herrschte. In den dreißiger Jahren bestand eine Affinität zwischen Liberalen, Sozialisten und «Kommunisten» aufgrund des Eintretens der Partei für bürgerliche Freiheiten sowie ihrer demokratischen Eigenschaften. Er machte diese Äußerung zur Klärung seiner früher aufgestellten Behauptung, daß das kommunistische Gedankengut in Kolumbien nicht sehr bekannt sei, sich viele aber dennoch für «Sozialisten» hielten.

<sup>15</sup> Santa (1980: 9). Wie Santa ausführt, wurde sein früheres Werk *Rafael Uribe Uribe: Un hombre y una época* siebenmal neu aufgelegt, was ein Beweis für das beständige Interesse der Kolumbianer an Uribe Uribe ist. Uribe Uribes Gesinnung war mit den Worten von Otto Morales Benítez «wirklich revolutionär» und basierte auf der logischen Schlußfolgerung, daß ohne Teilnahme des Volkes keine «wirkliche Änderung» herbeigeführt werden konnte (Morales Benítez 1988: 17).

der Liberalen ein neues Staatskonzept verwirklicht. Dieser war nicht länger nur Hüter der Gleichheit vor dem Gesetz, ein bloßer Zuschauer im «Wirtschaftskampf», sondern vielmehr eine «Quelle besonderen Schutzes» und der «Gerechtigkeit» für den «Arbeiter» (Mendoza Neira / Camacho Angarita 1946: 241-242). Sie begründeten ihre Argumente mit den Erfolgen von Alfonso López Pumarejos erster Regierung von 1934-1938. Obwohl der Sieg der Liberalen bei der Präsidentenwahl 1930 zweifellos einen Wendepunkt in der politischen Geschichte Kolumbiens darstellte, erwies er sich nur als Vorspiel für ein Schauspiel, das seinen Höhepunkt in der sogenannten *revolución en marcha* fand. An Alfonso López Pumarejos Programm erinnern sich noch immer viele Liberale gerne als ersten bedeutenden Versuch, in Kolumbien einen gesellschaftlichen Wandel durch Reform durchzusetzen. Andere charakterisieren die Amtszeit López Pumarejos jedoch als tragische Manipulation der Mobilisierung der Bevölkerung, die in den dreißiger Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Kritiker der Linken sehen in diesen Gesellschaftsreformen nicht mehr als eine trügerische Illusion, die mehr vom Volk getragene Bewegungen zum Entgleisen brachte. Welche Interpretation der Regierungsjahre López' man auch immer als gültig betrachtet, ihre Bedeutung für das Verständnis der Mobilisierung der Bevölkerung in Kolumbien steht außer Zweifel.

Die Regierung Enrique Olaya Herreras (1930-1934), des früheren Botschafters in Washington, war keineswegs ein fruchtbarer Boden für die Form der politischen Aktion, welche die Linksliberalen und Sozialisten zu fördern trachteten. Und doch war in Kolumbien im kurzen Zeitraum zwischen der liberalen Machtübernahme 1930 und dem Beginn der Präsidentschaft von López eine brisante Entwicklung der Mobilisierung der Bevölkerung zu verzeichnen, insbesondere in Form von Landbesetzungen durch Bauern, die Grundbesitz forderten. Anfang der dreißiger Jahre umfaßte die liberale und sozialistische Linke mehrere rivalisierende Strömungen der Mobilisierung, wobei sich die *Unión Nacional Izquierdista Revolucionaria* (UNIR) am deutlichsten bemerkbar machte, die von Jorge Eliécer Gaitán und der damals neu gebildeten Kommunistischen Partei als Nachfolgerin des PSR gegründet worden war.<sup>16</sup> Gaitán, der sich einen Namen als «Beschützer» der Proletarier gemacht hatte, als er nach dem Massaker 1928 für die Bananenarbeiter eintrat, verließ die Liberale Partei nach dem Scheitern seines Versuches, sie auf einen sozialistischen Kurs zu bringen. Er führte die UNIR in Kämpfen um Grundbesitz in Cundinamarca im Westen und Tolima im Osten an Regionen, für die Großgrundbesitz charakteristisch ist. Bei solchen Aktionen machten die Kommunisten der UNIR starke Konkurrenz,

---

<sup>16</sup> Zur Erörterung dieser Bewegungen in den frühen dreißiger Jahren siehe Pécaut (1987); Bergquist (1986b: 274-375); LeGrand (1986); Medina (1980 und 1984); Abel (1987); Archila Neira (1991); Sánchez (1985).

aber all diese Bestrebungen wurden von der Liberalen Partei entschlossen unterbunden.

In seiner ersten Regierungsperiode (1934-1938) lancierte López seine Revolution, deren Schwergewicht auf staatlicher Intervention und Verfassungsreform lag. Mit Hilfe staatlicher Wohlfahrt, eines erweiterten Männerstimmrechts, wohlwollender Behandlung der Arbeiter, Bildungsmaßnahmen und einer Agrarreform gewann López die Unterstützung «weiter Teile der unteren Klassen», einschließlich der Führer der organisierten Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei. Die neue Verfassung des Jahres 1936 führte das allgemeine Männerwahlrecht ein und ermächtigte den Staat, zugunsten der Arbeiter zu intervenieren. Daneben wurde 1936 mit dem «Gesetz 200» der Versuch unternommen, neue Grundbesitzmuster zu schaffen, und dieses Gesetz reflektierte Gaitáns Vorstellungen von einer durch Grundbesitz bedingten sozialen Verantwortlichkeit. López' Programm stand offensichtlich mit anderen Reformplänen, insbesondere mit dem *New Deal* Franklin D. Roosevelts, der Ergebnis der von der globalen Krise ausgelösten wirtschaftlichen Probleme war, in Zusammenhang. Kolumbien — wie auch andere Entwicklungsländer — wurde von der Weltwirtschaftskrise nicht im gleichen Ausmaß wie die wichtigsten Industrieländer getroffen. Bei einem gleichzeitigen Rückgang der Importe verzeichnete die inländische Industrie in den späten dreißiger Jahren ein spektakuläres Wachstum. Dies ermöglichte es López, seinen erweiterten Zentralstaat durch fortschrittliche Steuerreformen zu finanzieren, ohne sich die Eigentümer des Kapitals allzusehr zu Gegnern zu machen. Unter Präsident Eduardo Santos (1938-1942) erfuhr die Revolution eine «Unterbrechung», was sich Ende 1942 durch López' Rückkehr ins Amt kaum änderte. Der von Skandalen und Widerstand stark angeschlagene López legte 1944 das Präsidentenamt zugunsten von Alberto Lleras Camargo nieder.

Die Interpretationen der *revolución en marcha* unterscheiden sich in der Beurteilung ihrer zentralen sozialen Dynamik, die vom offenen Versuch ausgelöst wurde, Klassenkonflikte durch eine kontrollierte Mobilisierung zu mäßigen. Die von Álvaro Tirado Mejía verfaßte detaillierte Studie zur ersten Regierungsperiode von López hebt besonders hervor, wie die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß gesteigert wurde.<sup>17</sup> López und seine Bewegung werden als echter Wendepunkt in der politischen Geschichte Kolumbiens dargestellt, als Zeugen des Einzugs der Massen und des Endes der oligarchischen Demokratie.<sup>18</sup> Seine «liberale Revolution» bediente

<sup>17</sup> Tirado Mejía (1981). In seiner kurzen Einführung erklärt der Autor, daß die allgemeine Meinung über López' erste Regierung «durch und durch positiv» sei, da Kolumbien unter seiner Obhut «modernisiert wurde und die staatlichen Mechanismen erwarb», um eine demokratische Entwicklung zu gewährleisten (S. XI).

<sup>18</sup> López Pumarejo sprach in den dreißiger und Gaitán in den vierziger Jahren von der *oligarquia*.

sich gesetzlicher und verfassungsmäßiger Mittel zur Schaffung einer neuen politischen Ordnung, unter anderen durch die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle erwachsenen Männer. In dieser scharfsinnigen und gleichzeitig wohlwollenden Studie tritt jedoch die Auffassung klar zutage, daß López der dynamische Partner war, der die Mobilisierung «von oben» anführte, um Unruhen zu vermeiden (Tirado Mejía 1981).

Kritischere Forscher betonten ebenfalls diesen Punkt, wenngleich sie die Meinung vertraten, daß die *revolución en marcha* nicht so sehr Unruhen als vielmehr die eigentliche Mobilisierung der Bevölkerung verhinderte. Spätestens seit Ende der fünfziger Jahre argumentiert die kolumbianische Linke, daß der an der Macht befindliche Liberalismus die allgemeinen Forderungen nach einer echten Volkdemokratie zu zügeln verstand, dafür aber den Preis der Zersplitterung der Partei in den vierziger Jahren zahlte (siehe z. B. Torres 1959: 50-51). In jüngerer Vergangenheit vertraten Wissenschaftler die Position, daß unabhängige Formen der Mobilisierung blockiert wurden, und erbrachten den Nachweis dafür, daß die konkreten Ergebnisse der Reform unter López nicht viel mehr als eine Täuschung waren.<sup>19</sup> Wollte man behaupten, daß die *revolución en marcha* nur ein offenkundiges und bewußt geplantes Manöver war, um eine «wirkliche» Änderung zu unterminieren, so hieße das gleichzeitig, eine zweifellos fortschrittliche Strömung innerhalb des Liberalismus zu ignorieren und der Oligarchie größere Manipulationskünste zuzugestehen, als sie tatsächlich besaß. Einer der Gründe für das Scheitern der Bewegung war schließlich der beharrliche Widerstand der privilegierten Klassen gegen sogar die kleinsten Reformansätze. Gemäßigte Liberale betrachteten López' Reformen als «gezielt, praktisch und realistisch», die Rechten beider Parteien nannten sie jedoch «revolutionär» und «extrem links» (Rothlisberger 1967: 95; Nieto Rojas 1956: 16). Auf die liberalen Führer wurde sehr wohl «von unten» Druck ausgeübt, auch wenn andere Studien über die Verwirklichung interventionistischer Maßnahmen durch die Liberalen deren makroökonomische Motivation betonen und teilweise die Vehemenz der Forderungen des Volkes unbeachtet lassen.

Nachträglich ist es ein leichtes zu beweisen, daß die von López in Gang gesetzten Reformen tatsächlich ziemlich bescheiden waren und niemals wirklich die Grenzen der staatlichen Intervention auf die Probe stellten. Die wesentliche Konsequenz der *revolución en marcha* lag jedoch darin, daß sie eine Schlüsselrolle bei der Schaffung eines Klimas gespielt hatte, in dem die Hoffnungen auf einen sozialen Wandel ihren Höhepunkt erreichten. Für viele fortschrittliche Liberale, Intellektuelle der Mittelklasse, die Kommunistische Partei und große Teile der Arbeiterklasse stellten die

---

<sup>19</sup> Siehe Pécaut (1987: II, 212-284); Archila Neira (1991: Kapitel 6, «Las ilusiones de reforma social: 1930-1938»); LeGrand 1986.

Reformen von 1936 einen bedeutenden Durchbruch dar.<sup>20</sup> Und obwohl die Arbeiterklasse im allgemeinen gegenüber López, der *revolución en marcha* und der Versöhnungspolitik zweifellos eine zustimmende Haltung einnahm, überlebten weiterhin starke Formen einer autonomen Arbeitermobilisierung. Die Unterstützung war weder bedingungslos noch blind.<sup>21</sup>

Aufgrund ihrer internationalen Ausrichtung verfolgte die Kommunistische Partei als Reaktion auf die Initiativen der Liberalen einen ziellosen und widersprüchlichen Kurs, der sie die massive Unterstützung kostete, in deren Genuß sie andernfalls gekommen wäre. Im Juli 1935 rief sie zur internationalen Solidarität gegen die internationale Reaktion auf, verurteilte gleichzeitig eine mögliche militärische Aktion gegen Venezuela und trat statt dessen für die Umwandlung in einen Bürgerkrieg gegen die «inländischen und internationalen Ausbeuter» ein.<sup>22</sup> Aber bereits im November des vorhergehenden Jahres hatte die Führung in Bogotá einen «Wechsel der Taktik» gefordert, um eine einheitliche «Allianz der linken Kräfte» zu fördern. In der Folge wurden die Attacken gegen die Regierung López eingestellt.<sup>23</sup> López akzeptierte die Unterstützung der Kommunisten, auch wenn er sich nicht aktiv um sie bemühte und nicht von seinem Kurs abwich, um ihnen in der Liberalen Partei ein angenehmes Refugium zu bieten.

Kritiker monierten, daß die liberale Reform keine großen Auswirkungen auf das Leben der meisten Kolumbianer hatte. Die *revolución en marcha* schuf jedoch eine gesetzliche Basis für einen aktiveren und sozial intervenierenden Staat, während sie die Hoffnungen des Volkes auf soziale Gerechtigkeit nährte. Und obwohl die «Revolution» der liberalen Republik gelenkt war, negierte sie nicht alle Formen unabhängiger Mobilisierung, die später in eine andere Richtung kanalisiert wurden. López, der die kontrollierte Mobilisierung und inszenierte Revolution verkörperte, bereitete den Weg für radikalere Bewegungen. Das Auf und Ab der Emotionen und Erwartungen, die durch die liberale Reform erweckt worden waren, spielte eine entscheidende Rolle bei der spektakulären Wiederbelebung von Formen der

---

<sup>20</sup> Sogar Jahrzehnte später erinnerte man sich López' als des «progressiven [...] Verteidigers der Arbeiterklasse, der zur Organisation von Gewerkschaften beitrug.» (Interview von Mauricio Archila mit Ramón de la Hoz vom 14. April 1986, Typoskript). De la Hoz behauptete, daß Barranquilla «zu 100 %» in den dreißiger Jahren hinter López stand und daß viele Gewerkschaftsmitglieder ihn liebevoll als den wirklichen Präsidenten ihrer Organisationen betrachteten.

<sup>21</sup> In Santa Marta zum Beispiel betonten *Lopista*-, d. h. nicht-kommunistische Gewerkschaften, weiterhin die zentrale Bedeutung des Klassenkampfes. Sie bedauerten, daß die Arbeiterklasse Kolumbiens aus «oberflächlichen» Gründen noch immer zwischen den liberalen und konservativen Lager geteilt war (N. N.: «Mueran los viejos prejuicios», in: *Por la Unión*, 6. März 1937, S. 1).

<sup>22</sup> *El Soviet* (Cali), 13. Juli 1935, S. 1.

<sup>23</sup> *El Obrero*, 16. November 1935, S. 1.

Mobilisierung, die weit mehr von der Bevölkerung getragen wurden. Durch den Abstieg des López Pumarejo und das Schwinden der Hoffnungen, für die er stand, sowie die wachsende Enttäuschung und Unzufriedenheit bei verschiedenen Gruppen, die dabei leer ausgegangen waren, konnte sich eine radikalere Form des Liberalismus als logische Alternative und Folge des *Lopismo* etablieren.

#### **4 Unterbrechung, Frustration und Krise: der Aufstieg des *Gaitanismo* (1944-1948)**

Auf die frühe Phase der von der UNIR getragenen *Gaitanista*-Mobilisierung folgten Jahre der problematischen Koexistenz mit dem liberalen Establishment und dessen Versuch, radikalere Strömungen durch teilweise Assimilation zu kontrollieren. Die Jahre zwischen 1935 und 1944 zeichneten sich durch die undurchsichtigen politischen Winkelzüge zwischen Gaitán und dem liberalen Establishment aus. Nach seiner Rückkehr in die Liberale Partei 1935 übernahm er Funktionen in beiden Häusern des Kongresses, er war Bürgermeister von Bogotá (aus diesem Amt wurde er nach einem von der Elite manipulierten Taxifahrerstreik wenig ehrenvoll entlassen), Unterrichtsminister, Arbeitsminister unter den Regierungen López und Santos, er wurde auch regelmäßig in den Stadtrat von Bogotá gewählt. Die liberale Führung schwankte Gaitán gegenüber zwischen Strategien der Kooperation und des Frontalangriffs. Gaitán seinerseits war bereit, sich in der Welt der liberalen Politik zu bewegen, solange er die Menschen davon überzeugen konnte, daß er dieser Welt nicht angehörte. Dies stellte anscheinend kein Problem dar. Der *Gaitanismo* wurde in seiner Glanzzeit ab 1944 eifrig unterstützt, da Gaitán der Bevölkerung in seiner dramatischen Rolle des Jahres 1929 als «Beschützer der Arbeiter» in lebhafter Erinnerung war.

Die mit Gaitán gleichgesetzte Bewegung, in der alle Klassen vertreten waren, trat 1944 wieder in Erscheinung, als sich eine äußerst große Anzahl sozialistischer und linksliberaler Kolumbianer aus der Arbeiterklasse, aber auch der Mittelschicht der Präsidentschaftskampagne Gaitáns aus Enttäuschung über die geringen Fortschritte im Reformprozeß anschloß. Da Gaitán von der Liberalen Partei nicht zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wurde, trat er als unabhängiger, linksliberaler Herausforderer auf. Wütend und ängstlich zugleich bekundete das liberale Establishment in Bogotá seinen Widerstand gegen Gaitáns Kampagne. Es bezeichnete Gaitán als einen antiliberalen Demagogen, einen Verräter der Partei und eine faschistische Bedrohung der Demokratie. Dieses Motiv war besonders bei Gaitáns langjährigen Rivalen an der Spitze der Kommunistischen Partei beliebt, die sich in *Partido Socialista Democrático* (PDS) umbenannt hatte. Mit ihrem Parteiblatt, dem *Diario Popular*, und

ihrem Einfluß auf die wichtigste Arbeitervereinigung, die *Confederación de Trabajadores Colombianos*, unterstützten die kommunistischen Parteiführer den offiziellen liberalen Kandidaten, Gabriel Turbay, den sie als neuen Vertreter des *Lopismo* betrachteten. Die Führung der Konservativen Partei, die die wachsende Zersplitterung innerhalb der Liberalen Partei beobachtete und förderte, lancierte geschickt Mariano Ospina Pérez als Präsidentschaftskandidaten.

Die Liberalen erkannten die unliebsame Parallele zu der liberalen Machtübernahme von 1930. Je näher der Wahltag rückte, desto hektischer versuchten die Liberalen, die Kluft zwischen dem offiziellen Liberalismus und dem *Gaitanista*-Liberalismus zu überbrücken. Ohne Versöhnung wäre den Konservativen die für den Wahlsieg notwendige Stimmenmehrheit sicher gewesen. Am beunruhigendsten war die allbekannte Tatsache, daß Ospina dem Einfluß von Laureano Gómez, des Führers des militantesten Flügels der Konservativen Partei, der offen seine Sympathien für den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus bekundet hatte, ausgesetzt war. Anfang April 1946 traf Gaitán mehrmals mit Turbay, López und Santos zusammen, um eine mögliche Lösung zu überdenken. Bei einer Reihe von privaten Treffen diskutierten Gaitán und Turbay konkrete wirtschaftliche und politische Reformen, die eine stärkere Repräsentanz der Bevölkerung in den Institutionen Kolumbiens zum Ziel hatten und über die ein Konsens gefunden werden mußte, bevor sich Gaitán aus dem Rennen zurückzog (Peña 1948: 160-162). Sie besprachen die Bildung eines liberalen «Anti-Oligarchie-Pakts», demzufolge Turbay 1946 und Gaitán 1950 für das Präsidentenamt kandidieren würden. Dieses Arrangement entfremdete die Führer der Partei rasch, und sowohl López als auch Santos wandten sich gegen einen solchen Zusammenschluß. Von noch größerer Bedeutung war, daß die Anhänger Gaitáns einen solchen Kompromiß definitiv ablehnten. Bei einer seiner regelmäßigen Radioansprachen im Stadttheater unmittelbar nach seinen Treffen mit Turbay sah sich Gaitán mit einer aufgebrachtten Menge konfrontiert, die ihn kaum zu Wort kommen ließ. Er begriff rasch, daß es kein Zurück gab.

Das Ergebnis der Wahl am 5. Mai 1946 schockierte die «liberalen Eminenzen» und ihre Verbündeten innerhalb der PSD-Führung. Ospina Pérez gewann die Wahl mit 565 260 Stimmen, während Turbay mit 440 591 Stimmen an zweiter Stelle lag. Gaitán war mit 358 957 Stimmen nur knapp dahinter platziert. Von größter Bedeutung war jedoch, daß hinter Gaitán die Masse der städtischen Bevölkerung stand, und selbst die Führer der PSD erkannten schließlich seinen Einfluß in den kommunistischen Reihen an. Gaitán gewann in den meisten urbanen Zentren und Hauptstädten von Verwaltungsbezirken, darunter Bogotá, Barranquilla, Cali und Cartagena (vier der fünf größten Städte in Kolumbien), Santa Marta, Neiva, Ibagué und Cúcuta und unterlag sogar nur knapp in Popayán, einer traditionellen Hochburg der

Konservativen (Colombia 1969: 111-113). Gaitáns Feinde innerhalb der Partei begriffen, daß sie den *Gaitanismo* nicht vernichten konnten, selbst wenn sich die gesamte Maschinerie des Liberalismus gegen ihn richtete. Sie mußten den *Gaitanismo* in sich aufnehmen oder die Liberale Partei zur Spaltung und Handlungsunfähigkeit für die absehbare Zukunft verurteilen. Die Wahl zeigte, daß Gaitán zwar die Städte gewonnen hatte, der liberale Apparat aber noch immer den ländlichen Raum kontrollierte, wo 1946 nach wie vor die Mehrheit der Kolumbianer lebte. Trotzdem war sie der Wendepunkt in der kolumbianischen Geschichte und die ernsthafteste Bedrohung der Vorherrschaft der kolumbianischen politischen Elite seit den Unabhängigkeitskriegen. Durch Gaitáns unabhängige Kandidatur wurde die liberale Führung schließlich dazu gezwungen, seine politische Stärke anzuerkennen.

Im *Gaitanismo* erreichte die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben des Landes einen bedeutenden Höhepunkt. Es ist jedoch noch immer umstritten, ob sie als Mobilisierung zu werten ist. Während viele *gaitanistas* ihre Bewegung für eine ernstzunehmende Herausforderung der kolumbianischen Machtstrukturen hielten, behaupteten Gaitáns Kritiker der Linken, daß die Mobilisierung, an deren Spitze er zu stehen kam, niemals eine wirkliche Bedrohung für den Status quo darstellte. Wichtige Studien unterstreichen nach wie vor die kontinuierliche Herrschaft, welche die Elite Kolumbiens über die Liberale Partei ausübte, sowie die daraus resultierende Schwäche von Bewegungen, die «klassenbewußter» waren. Viele historische, der üblichen Linie folgenden Abhandlungen über den *Gaitanismo* leugnen hartnäckig, daß unter Gaitán eine wirkliche Mobilisierung stattfand.<sup>24</sup> Im *Gaitanismo* schwang offenkundig ein «Klassendenken» mit, obwohl verschiedene Gesellschaftsgruppen in den Parteirängen vertreten waren. Der *pueblo* Gaitáns entsprach zwar nicht direkt der Arbeiterklasse, wurde aber von den Arbeitern stark beeinflusst und befand sich im ständigen Kampf mit den «Eigentümern» der wirtschaftlichen und politischen Macht Kolumbiens. In Kolumbien war ein unverkennbares Interesse der Bevölkerung an mehr demokratischen Rechten und vom Volk kontrollierten Institutionen zu verzeichnen, das von der entsprechenden politischen Agitation begleitet wurde. Diese Bewegung stand ihrerseits den weitverbreiteten Forderungen nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit nahe. Die Konzepte von *democracia* und *justicia social* waren in den Köpfen der Arbeitermassen, Gaitáns *pueblo*, untrennbar miteinander

<sup>24</sup> Die wichtigsten Werke über Gaitán und seine Bewegung sind Robinson (1976); Sharpless (1978); Sánchez (1983); Braun (1985); Pécaut (1987). Andere Werke, die den *Gaitanismo* flüchtig behandeln, stellen die Bewegung als eine bloß geringfügige Variante des Kurses des kolumbianischen Zweiparteiensystems dar; siehe Bergquist (1986b); Abel (1987); Archila Neira (1991); Abel / Palacios (1991); Sáenz Rovner (1992). Siehe auch Green (1994); Long (1995).



verbunden.<sup>25</sup> Gewappnet mit diesen eindeutig linksliberalen Prinzipien, forderte der *Gaitanismo* direkt die oligarchischen Praktiken der kolumbianischen Politik heraus.

Der *Gaitanismo* und die linksliberale Tradition, die er verkörperte, stellten für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der kolumbianischen Gesellschaft eine radikale und vom Volk getragene Herausforderung dar. Gaitán wurde als intellektueller und rechtmäßiger Nachfolger Uribe Uribes angesehen. Viele, die Gaitán den Führer der *izquierda colombiana* nannten, sahen in ihm den Erneuerer der glorreichen Tage des Uribe Uribe.<sup>26</sup> Er war der «Erbe des großen Mannes» der linksliberalen Tradition.<sup>27</sup> Er wurde vom «Geist» der Generäle Benjamin Herrera und Uribe Uribe geleitet.<sup>28</sup> Gaitáns Name wurde tatsächlich oft als ebenbürtig in die Reihen dieser liberalen Helden aufgenommen.<sup>29</sup> Gaitán war seinerseits um den Schutzmantel Uribe Uribes bemüht. Es muß jedoch bedacht werden, daß Gaitán der Katalysator für die Mobilisierung war, nicht aber ihre Ursache. Das Hauptaugenmerk sollte daher weitgehend vom *caudillo* auf den *pueblo* verlagert werden. Dieser Blickwinkel betont die grundsätzliche Kontinuität, die zwischen «radikalen» Formen der Mobilisierung der zwanziger und dreißiger Jahre und dem *Gaitanismo* in den vierziger Jahren bestand, und reflektiert die Strömungen der politischen Mobilisierung der Bevölkerung, die sich durch die kolumbianische Geschichte ziehen und von denen der *Gaitanismo* bloß eines der dramatischsten Beispiele war.

<sup>25</sup> Hinsichtlich einer Diskussion der *Gaitanista*-Ideologie siehe Green (1996).

<sup>26</sup> Siehe: Brief der selbsternannten «Proletarier» des *Comité Liberal Pro Movimiento Popular*, Morales, Bolívar an Jorge Eliécer Gaitán, 12. Februar 1947; *Archivo del Instituto Colombiano de la Participación Jorge Eliécer Gaitán* (AICPG), v. 0061 Cartas Bol. y Nariño.

<sup>27</sup> Brief von Manuel Márquez Ruiz an Jorge Eliécer Gaitán, B/quilla, 22. April 1945; AICPG v. 0091 «Adh. y quejas Atl.».

<sup>28</sup> Aus einem Gedicht von Dolores Prieto de Silva an Jorge Eliécer Gaitán, B/quilla, 21. Februar 1946; AICPG v. 0043 «Cartas Atl.» Des Versmaßes willen beschwört sie sogar den Geist von Simón Bolívar. Er war zwar *pater patriae*, aber nicht wirklich ein Held der Liberalen. Bolívar wurde von den Konservativen beansprucht, Francisco de Paula Santander von den Liberalen.

<sup>29</sup> Siehe: Brief vom liberalen *Gaitanista*-Kommando von Mompos an Jorge Eliécer Gaitán vom 17. Juni 1947; AICPG v. 0060 «Cartas Bolívar». *Vanguardia*, 28. Februar 1945, S. 1, «En Orihueca proclaman a Gaitán.» Brief von Santiago Cárdenas G. und «en medio siete mil almas» (auch Kinder) an Jorge Eliécer Gaitán, Los Palmitos, 10. April 1946; AICPG v. 0088 «Adh. y quejas Bol.» Brief des linksliberalen Politikers Alfonso Romero Aguirre, Arbeiterführer Carlos M. Esquivia und Samuel Guerrero an Jorge Eliécer Gaitán, Cartagena, 7. September 1946; AICPG v. 0034 «Cartas Bolívar 1946.» Brief vom liberalen Komitee von La Jagua de Ibirico in Magdalena an Jorge Eliécer Gaitán, 20. September 1946; AICPG v. 0011 «Cartas Magd.».

## 5 *La Violencia* (1946-1965)

Anfang 1948 war absehbar, daß Gaitán bei den Präsidentenwahlen 1950 für die Liberalen kandidieren und somit den nächsten Präsidenten stellen würde. Die zentrale Frage blieb offen: Welcher Gaitán würde regieren, der militante Führer des Linksliberalismus oder der nachgiebigere Führer der Liberalen Partei? Für die Oligarchie war diese Ungewißheit offensichtlich unerträglich. Gaitán wurde am 9. April 1948 ermordet.

Kolumbien steht im Ruf, das gewalttätigste Land Lateinamerikas zu sein. Dies geht hauptsächlich auf die Epoche in der Mitte des 20. Jahrhunderts zurück, welche die Kolumbianer einfach *La Violencia* nennen. Anfang 1946, als die Konservativen die Regierungsgeschäfte zurückeroberten, nahm die Gewalt infolge von Gaitáns Tod zu. Bis Mitte der sechziger Jahre hatte Kolumbien zwischen zwei- und dreihunderttausend Todesfälle durch Gewalt verzeichnet. Die *Violencia* wird für gewöhnlich in drei Phasen unterteilt: Die erste Phase bestand aus einem Guerillakrieg, der sich gegen die konservativen Regierungen richtete, die von 1948 bis Juni 1953 amtierten; die zweite Phase war vom Kampf gegen die Militärregierung von General Rojas Pinilla geprägt; und die dritte Phase zeichnete sich durch die wirren Kämpfe unter der liberalen-konservativen «Koalition der Nationalen Front» aus, die 1958 an die Macht gekommen war. *La Violencia* ist damit unschwer eines der längsten und chaotischsten Kapitel der gesamten lateinamerikanischen Geschichte und wurde abwechselnd als eine Fortsetzung der Bürgerkriege des letzten Jahrhunderts, als ein Scheitern des nationalen politischen Systems, verursacht durch einen langen und erbitterten Kampf um die Macht zwischen Gruppen der Elite, und schließlich als eine gesellschaftliche Revolution interpretiert, die sich nicht konsolidierte. Jede dieser Ansichten hat natürlich ihren Wahrheitsgehalt, aber keine für sich ist völlig zufriedenstellend. Dies ist in Anbetracht der Dauer des Gewaltausbruchs, der Wirrnisse seiner Anfänge und seines ergebnislosen Endes verständlich. Berücksichtigt man weiters, daß die *Violencia* viele regionale Varianten umfaßte und sich in ihrer Natur verschiedene deutliche Wandlungen vollzogen, so wird deutlich, daß sich dieses Phänomen immer einer einfachen Erklärung entziehen wird.<sup>30</sup>

Die *Violencia* erfüllte jedoch eine unbestrittene Funktion: Sie versetzte den stabileren Formen der politischen Mobilisierung des *Gaitanismo* einen Todesstoß. Die

---

<sup>30</sup> Die Literatur über die *Violencia* ist äußerst umfangreich, da die Anzahl der Studien auf lokaler Ebene unverhältnismäßig stark zunimmt. Obwohl das ein begrüßenswerter Trend ist, heißt das, daß an dieser Stelle selbst eine rudimentäre Bibliographie fehl am Platz wäre. Das jüngste Werk, das den derzeitigen Forschungsstand im wesentlichen widerspiegelt und gleichzeitig die renommiertesten Forscher der Epoche vorstellt ist Bergquist / Peñaranda / Sánchez (1992).

Ursprünge der *Violencia* lagen auch in den offen gegen Gaitán gerichteten Kampagnen. Die politische Gewalt setzte ein, sobald der konservative Präsident begann, Konservative zu Gouverneuren, Bürgermeistern und Polizeichefs zu bestellen, die in der Folge offiziellen Terror anwandten, aber das dramatischste Phänomen der *Violencia* war der *bogotazo* (wie der Aufstand in Lateinamerika außerhalb Kolumbiens genannt wird; die Kolumbianer bezeichnen die Vorkommnisse einfach als «9. April».) nach Gaitáns Ermordung. Sein Tod führte zu großen Aufständen in den Städten, die sich von der Hauptstadt bis Cali, Barranquilla, Cartagena, Ibagué, Barrancabermeja und auf andere Städte erstreckten. Zahlreiche Indizien stützen die Meinung, daß diese Revolte eine geköpfte sozialistische Revolution war. Der *pueblo* griff mit Hilfe eines großen Teils der Polizei die Zentren der Macht der Elite, wie den Präsidentenpalast, Kirchen, Gefängnisse und Zeitungen, an. Der Aufstand fand überwiegend in den Städten statt und war weitgehend klassenorientiert. Doch bleibt die Frage offen, warum diese urbane Bewegung so schnell verebbte.

Das Verständnis der *Violencia* als einer «gesellschaftlichen Revolution» ist problematisch, da der Kampf, als er sich über die Städte hinaus verbreitete, wo er ziemlich rasch abgeklungen war, auf dem Land deutliche Züge eines Partisanenkampfes annahm. Es wurde das Argument vorgebracht, daß trotz verschiedener sozialistischer Experimente in den von der Guerilla kontrollierten Enklaven, das *gamonal*- oder Bonzensystem weiterhin das Bindeglied zwischen Anführern und Anhängern war. Diese traditionelle kolumbianische Beziehung überdauerte in den ländlichen Gemeinden und trug vielleicht dazu bei, eine «revolutionärere» Gewalt zu verhüten. Elemente eines Sozialkonflikts waren von Beginn an klar sichtbar und gewannen im Verlauf der Auseinandersetzungen an Bedeutung. Am längsten dauerten die Konflikte in den Kaffeeanbaugebieten, die in den dreißiger Jahren in großem Maßstab Schauplatz von Bauernbewegungen gewesen waren. In den späteren Phasen der *Violencia* waren die Anführer der kämpfenden Banden Angehörige der niedrigeren Klassen. Von noch größerer Bedeutung war aber offensichtlich, daß die Eliten beider Parteien große Angst vor der Eskalation der Gewalt auf dem Land hatten. Nach 1957 unternahmen sie einen gemeinschaftlichen und von beiden Parteien getragenen Versuch, die aufständischen Kräfte niederzuschlagen, die politisch mit verschiedenen Organisationen der Opposition verbündet waren, und die Kontrolle des Landes erneut den geeinten herrschenden Klassen zu übergeben.

## 6 Das paradoxe Nebeneinander von Hegemonie der Elite und Mobilisierung der Bevölkerung

Die «Nationale Front» (1958-1974), die Übereinkunft zwischen der kolumbianischen Elite, die schließlich das Ende der *Violencia* herbeiführte, war bestrebt, eine stabile oligarchische Herrschaft zu bilden sowie eine kapitalistische Entwicklung zu ermöglichen. Die Führer der Partei schlossen einen «Waffenstillstand», indem sie die Präsidentschaft untereinander sechzehn Jahre lang bis 1974 abwechselten und die Regierungsgämsen teilten. Dabei schlossen sie andere Bewegungen und Organisationen von der formalen Teilnahme an der Politik aus. Trotz dieser von der Elite kontrollierten Umstrukturierung des kolumbianischen Staates und seines kapitalistischen Systems überlebten Formen der Mobilisierung, die mit dem populären Liberalismus in Verbindung standen. Die Jahre seit 1974 umfaßten den organisierten Protest, populär ausgerichtete Wahlkampagnen und bewaffnete Bewegungen.

Die Organisationen der Arbeiterklasse mit Verflechtungen zu linksgerichteten Gruppen bestanden parallel zu einer sich ausdehnenden Protestwelle im ländlichen Raum Kolumbiens. Gleichzeitig führten in den wichtigsten städtischen Gebieten Aufrufe nach sozialer Gerechtigkeit zu einer beeindruckenden Mobilisierung. Kolumbien kann auf Menschenrechts-, Umwelt-, Kirchenbewegungen sowie feministische Bewegungen verweisen. In den späten siebziger Jahren und in den achtziger Jahren existierten neben der Wahlpolitik und den gesetzmäßigen Volksorganisationen revolutionäre Guerilla-Bewegungen. Die elementaren, heute in Kolumbien operierenden Guerilla-Gruppen wurzeln in der *violencia*. Der *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) wurde 1965 von kolumbianischen Mittelklassestudenten und radikalen Erdölarbeitern in den Raffinerien Santanders gegründet. Obwohl er eindeutig vom kubanischen Revolutionsmodell beeinflusst war, war er fest in der kolumbianischen Tradition verankert. 1966 bildeten sich die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) in den von den Kommunisten beeinflussten Latifundienregionen südwestlich von Bogotá, wo seit den zwanziger Jahren eine konstante Mobilisierung der Bauern festzustellen war. 1970 begann darüber hinaus der M-19 mit seinen Guerilla-Operationen in den kolumbianischen Städten.<sup>31</sup> Diese Gruppen traten die direkte Nachfolge früherer Formen der Mobilisierung an.

Kolumbien gilt als das Paradebeispiel eines von einer Elite beherrschten politischen Systems, das gleichzeitig die am längsten überlebenden aufrührerischen Guerillabewegungen Lateinamerikas beheimatet. Wie der Titel des wichtigen Werks

---

<sup>31</sup> Pizarro Leongómez (1991); Chernick / Jiménez (1993: 61-81). Vgl. den Aufsatz von Sabine Kurtenbach über Guerillabewegungen in Kolumbien (in diesem Band).

von Daniel Pécaut angedeutet, ist Kolumbien eine «Nation der Ordnung und Gewalt». Aber trotz der Repression der Elite überlebt die Mobilisierung der Bevölkerung in der lokalen Politik, Guerilla-Aufständen und Landbesetzungen. Obwohl die herrschenden Klassen Kolumbiens wiederholt gefährliche Bedrohungen ihrer Hegemonie überlebten, demonstrierte das kolumbianische Volk in der Geschichte eine scheinbar unerschöpfliche Fähigkeit der Massenmobilisierung, wobei dies ab 1900 oft unter dem Banner des Linksliberalismus geschah. Dies erklärt die fühlbare Kontinuität der *comuneros*, der liberalen und konservativen Parteiführer und -anhänger im 19. Jahrhundert, der Linksliberalen und Sozialisten zwischen 1900 und 1929, der *Lopistas*, *comunistas*, und *Gaitanistas* der dreißiger und vierziger Jahre, der *violentos* der fünfziger und sechziger Jahre und der kommunistischen und sozialistischen Guerillas der siebziger, achtziger und neunziger Jahre.

## 7 Literaturverzeichnis

- Abel, Christopher (1987): *Política, iglesia y partidos en Colombia*, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Abel, Christopher / Palacios, Marco (1991): «Colombia, 1930-58», in: Bethell, Leslie (Hrsg.): *The Cambridge History of Latin America*, Band 8, Cambridge: Cambridge University Press, S. 587-627.
- Aguilera Peña, Mario / Vega Cantor, Renán (1991): *Ideal democrático y revuelta popular: bosquejo histórico de la mentalidad política popular en Colombia, 1781-1948*, Bogotá: Instituto Maria Cano.
- Archila Neira, Mauricio (1991): *Cultura e identidad obrera: Colombia, 1910-1945*, Bogotá: CINEP.
- Bergquist, Charles (1986a): *Coffee and Conflict in Colombia, 1886-1910*, Durham: Duke University Press [1978].
- Bergquist, Charles (1986b): *Labor in Latin America: Comparative Essays on Chile, Argentina, Venezuela, and Colombia*, Stanford: Stanford University Press.
- Bergquist, Charles / Peñaranda, Ricardo / Sánchez, Gonzalo (1992): *Violence in Colombia: The Contemporary Crisis in Historical Perspective*, Wilmington, Delaware: Scholarly Resources Books.
- Braun, Herbert (1985): *The Assassination of Gaitán: Public Life and Urban Violence in Colombia*, Madison: The University of Wisconsin Press.
- Brungardt, Murice (1989): «Mitos históricos y literarios: La casa grande», in: Pineda Botero, Álvaro / Williams, Raymond (Hrsg.): *De ficciones y realidades: perspectivas sobre literatura e historia colombiana*, Bogotá: Tercer Mundo Editores.

- Buenahora, Gonzalo (1938): *Los orígenes del gaitanismo*, Bogotá: ohne Verlagsangabe.
- Bushnell, David (1993): *The Making of Modern Colombia: A Nation in Spite of Itself*, Berkely: University of California Press.
- Bushnell, David / Macaulay, Neill (<sup>2</sup>1994): *The Emergence of Latin America in the Nineteenth Century*, Oxford: Oxford University Press.
- Castrillón R., Alberto (1979): *120 días bajo el terror: la huelga de las bananeras* Bogotá: Túpac Amaru [<sup>1</sup>1929].
- Cepeda Samudio, Álvaro (1962): *La casa grande*, Bogotá: Ed. Mita.
- Chernick, Marc W. / Jiménez, Michael F. (1993): «Popular Liberalism, Radical Democracy and Marxism: Leftist Politics in Contemporary Colombia, 1974-1991» in: Carr, Barry / Ellner, Steve (Hrsg.): *The Latin American Left: From the Fall of Allende to Perestroika*, Boulder, Colorado: Westview Press, S. 61-81.
- Cobanella, Guillermo (1988): «Rafael Uribe Uribe, creador de una doctrina social», in: Morales Benítez, Otto (Hrsg.): *El pensamiento social de Uribe Uribe*, Medellín: Ediciones Especiales, Sec. de Educación y Cultura de Antioquia.
- Colombia / Departamento Administrativo Nacional de Estadística (1969): «Tendencias Electorales, 1935-1968», in: *Boletín Mensual de Estadística* 221 (Dezember).
- Cordell Robinson, J. (1976): *El movimiento gaitanista en Colombia*, Bogotá: Tercer Mundo.
- Córdoba, José María (1952): *Jorge Eliécer Gaitán: tribuno popular de Colombia*, Bogotá: Litografías Cor-Val.
- Dix, Robert H. (1967): *Colombia: The Political Dimensions of Change*, New Haven: Yale University Press.
- Fals Borda, Orlando (1979): *Historia doble de la costa*, Bd. 2: *El presidente Nieto*, Bogotá: Carlos Valencia Editores.
- García Márquez, Gabriel (1985): *Cien años de soledad*, Madrid: Espasa-Calpe.
- Green, W. John (1994): «Popular Mobilization in Colombia: The Social Composition, Ideology and Political Practice of Gaitanismo on the Atlantic Coast and Magdalena River, 1928-1948», Diss. University of Texas at Austin.
- Green, W. John (1996): «Vibrations of the Collective: The Popular Ideology of Gaitanismo on Colombia's Atlantic Coast, 1944-1948», in: *Hispanic American Historical Review* 76/2 (Mai), S. 283-311.
- Henao Hidron, Javier (Hrsg.) (1986): *Uribe Uribe y Gaitán: caudillos del pueblo*, Medellín: Bedout.
- Leddy Phelan, John (1978): *The People and the King: The Comunero Revolution in Colombia, 1781*, Madison: The University of Wisconsin Press.

- LeGrand, Catherine (1986): *Frontier Expansion and Peasant Protest in Colombia, 1830-1936*, Albuquerque: The University of New Mexico Press.
- Long, Gary (1995): «The Dragon Finally Came: Industrial Capitalism, Radical Artisans and the Liberal Party in Colombia, 1910-1948,» Diss. University of Pittsburgh.
- Medina, Medófilo (1980): *Historia del Partido Comunista*, Bogotá: Ediciones CEIS.
- Medina, Medófilo (1984): *La protesta urbana en Colombia en el siglo XX*, Bogotá: Aurora.
- Mendoza Neira, Plinio / Camacho Angarita, Alberto (Hrsg.) (1946): *El Liberalismo en el gobierno, 1930-1945*, Band 2: *Sus realizaciones*, Bogotá: Minerva.
- Morales Benítez, Otto (Hrsg.) (1988): *El pensamiento social de Uribe Uribe*, Medellín: Ediciones Especiales Sec. de Educación y Cultura de Antioquia.
- Nieto Rojas, J. M. (1956): *La batalla contra comunismo*, Bogotá: Empresa Nacional.
- Osorio Lizarazo, José Antonio (1935): *Ideas de izquierda: liberalismo, partido revolucionario*, ohne Angabe von Erscheinungsort und Verlag.
- Pécaut, Daniel (1987): *Orden y violencia: Colombia, 1930-1954*, 2 Bände, Bogotá: Tercer Mundo.
- Peña, Luis David (1948): *Gaitán Intimo*, Bogotá: Iqueima.
- Pizarro Leongómez, Eduardo (1991): *Las Farc: de la autodefensa a la combinación de todas las formas de lucha*, Bogotá: Tercer Mundo Editores.
- Puentes, Milton (1961): *Historia del partido liberal colombiano*, Bogotá: Editorial Prag.
- Rothlisberger, Dora F. (1967): «Liberal Reform in Colombia: Alfonso López Pumarejo 1934-1938», Magisterarbeit, Columbia College der George Washington University.
- Sáenz Rovner, Eduardo (1992): *La Ofensiva Empresarial: industriales, políticos y violencia en los años 40 en Colombia*, Bogotá: Tercer Mundo.
- Sánchez, Gonzalo (1983): *Los días de la revolución: Gaitanismo y 9 de abril en provincia*, Bogotá: Centro cultural Jorge Eliécer Gaitán.
- Sánchez, Gonzalo (1985): *Ensayos de historia social y política del siglo XX*, Bogotá: El Áncora Editores.
- Santa, Eduardo (1962): *Rafael Uribe Uribe: un hombre y una época*, Bogotá: Iqueima.
- Santa, Eduardo (1962): *Rafael Uribe Uribe: el caudillo de la esperanza*, Bogotá: Iqueima.
- Santa, Eduardo (1980): *El pensamiento político de Rafael Uribe Uribe*, Bogotá: Tercer Mundo.

- Sharpless, Richard (1978): *Gaitán of Colombia: A Political Biography*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Tirado Mejía, Álvaro (1976): *Aspectos sociales de las guerras civiles en Colombia*, Bogotá: Biblioteca Básica Colombia.
- Tirado Mejía, Álvaro (1981): *Aspectos políticos del primer gobierno de Alfonso López Pumarejo, 1934-1938*, Bogotá: Instituto Colombiano de Cultura.
- Torres, Mauricio (1959): *La naturaleza de la revolución colombiana*, Bogotá: Iqueima.
- Uribe Uribe, Rafael (1984): *Escritos Políticos*, Bogotá: El Áncora Editores.
- White, Judith (1978): *Historia de una ignominia: la United Fruit Company en Colombia*, Bogotá: Editorial Presencia.

N. B.: Weitere Quellenangaben aus Zeitungen und Archiven stehen in den Anmerkungen.